

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ottmar von Holtz, Uwe Kekeritz, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/20587 –

Friedensarbeit und zivile Krisenprävention während der COVID-19-Pandemie stärken, Abwärtsspirale verhindern

A. Problem

Aus Sicht der Antragsteller stellt die COVID-19-Pandemie Bemühungen von Regierungen, Konfliktparteien und insbesondere zivilgesellschaftlichen Organisationen um die friedliche Beilegung von Konflikten weltweit vor ungekannte Herausforderungen. Die verschiedenen Strategien zur Eindämmung der Pandemie erschwerten zum einen die unverzichtbare Arbeit vor Ort, die durch eine zumeist unzureichende digitale Infrastruktur nicht ersetzt werden könne, und führten zum anderen besonders bei einschlägigen Nichtregierungsorganisationen zu erheblichen finanziellen Einbußen, die ihre Arbeit, wenn nicht gar ihre Existenz gefährdeten; zudem nutzten Regierungen und andere Konfliktparteien die Pandemiebekämpfung zur Rechtfertigung restriktiver und repressiver Maßnahmen, die die Situation in betroffenen Konfliktgebieten verschärften. Daneben wirkten die reduzierte Präsenz staatlicher Akteure in fragilen Regionen bis hin zum völligen Rückzug sowie die etwa durch Grenzsicherungen erschwerte Verteilung humanitärer Hilfe und die dadurch erhöhte Nahrungsmittelunsicherheit als Konfliktmultiplikator und folglich als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Als Teil der internationalen Gemeinschaft müsse Deutschland auf diese weitreichenden negativen Auswirkungen der durch COVID-19 ausgelösten multidimensionalen Krise für die zivile Krisenprävention durch eine Vielzahl von Maßnahmen zügig und engagiert reagieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20587 abzulehnen.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Josip Juratovic
Berichterstatter

Paul Viktor Podolay
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten, Markus Grübel, Josip Juratovic, Paul Viktor Podolay, Renata Alt, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/20587** in seiner 171. Sitzung am 3. Juli 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller stellt die COVID-19-Pandemie Bemühungen von Regierungen, Konfliktparteien und insbesondere zivilgesellschaftlichen Organisationen um die friedliche Beilegung von Konflikten weltweit vor ungekannte Herausforderungen. Die verschiedenen Strategien zur Eindämmung der Pandemie erschwerten zum einen die unverzichtbare Arbeit vor Ort, die durch eine zumeist unzureichende digitale Infrastruktur nicht ersetzt werden könne, und führten zum anderen besonders bei einschlägigen Nichtregierungsorganisationen zu erheblichen finanziellen Einbußen, die ihre Arbeit, wenn nicht gar ihre Existenz gefährdeten; zudem nutzten Regierungen und andere Konfliktparteien die Pandemiebekämpfung zur Rechtfertigung restriktiver und repressiver Maßnahmen, die die Situation in betroffenen Konfliktgebieten verschärften. Daneben wirkten die reduzierte Präsenz staatlicher Akteure in fragilen Regionen bis hin zum völligen Rückzug sowie die etwa durch Grenzsicherungen erschwerte Verteilung humanitärer Hilfe und die dadurch erhöhte Nahrungsmittelunsicherheit als Konfliktmultiplikator und folglich als Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Als Teil der internationalen Gemeinschaft müsse Deutschland auf diese weitreichenden negativen Auswirkungen der durch COVID-19 ausgelösten multidimensionalen Krise für die zivile Krisenprävention durch eine Vielzahl von Maßnahmen zügig und engagiert reagieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20587 in seiner 62. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20587 in seiner 62. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20587 in seiner 74. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20587 in seiner 66. Sitzung am 28. Oktober 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Markus Grübel
Berichtersteller

Josip Juratovic
Berichtersteller

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Renata Alt
Berichterstellerin

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

